

A rectangular button with a blue border and the word "Zurück" in blue text.

Stellungnahme

Der Bürgerbewegung gegen den Häuserabriss in Marxloh

Hiermit fassen wir den Stand der Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt (Anfang August 2007) zusammen. Die im Rahmen der sog. ‚Vorbereitenden Untersuchung‘ erstellten drei Gutachten liegen jetzt vor und sprechen eine eindeutige Sprache.

1. Es liegen keine gewichtigen Gründe vor, die einen Flächenabriss rechtfertigen.

2. Um die Probleme des Stadtteils, besonders den Leerstand zu lösen, müssen Defizite und notwendige Verbesserungen im ganzen Stadtteil aufgegriffen werden.

3. Neben den städtebaulichen Aspekten ist die Umweltweltsituation für das Image des Stadtteils sehr wichtig. Eine Begrünung dieser Fläche hätte keinen ausreichende Lärmschutz und Filterwirkung für Feinstäube zur Folge.

4. Im Gegenteil zeigt z.B. das Feinstaubgutachten eindeutig auf, wo die eigentliche Lösung des Problems liegt – nämlich in der Sanierung der Anlagen der Thyssen-Krupp-Steel AG (TKS)

Zu 1.:

Für die Durchführung einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme müssen bestimmte städtebauliche Missstände vorliegen, die im § 136 Baugesetzbuch aufgezählt sind. Solche Missstände liegen im Untersuchungsgebiet nicht vor.

Der Abriss des kompletten Wohngebietes mit Zwangsumsiedlung von über 1000 Bewohnerinnen/Bewohnern gegen ihren Willen und die Zerstörung gewachsenen Nachbarschaften ist das Gegenteil von Sanierung, was Heilung und Verbesserung bedeutet. Der Abriss wäre eine ganz schlechte Lösung für die Betroffenen. Er darf deshalb nicht umgesetzt werden.

Der Abriss wäre auch undemokratisch, da etwa 90 % der in diesem Gebiet Wohnenden einen Abriss ablehnen und in ihrer Wohnung wohnen bleiben wollen. Die Stadt Duisburg hatte es versäumt, eine solche Befragung vorzunehmen, weswegen die „Bürgerbewegung gegen den Häuserabriss in Marxloh“ eine eigene Befragung durchführte und veröffentlichte.

Es gibt also laut Gutachten keine gewichtigen Gründe, die einen Kahlschlag eines gesamten Gebietes mit den erheblichen Folgen für die Bewohnerinnen/Bewohner rechtfertigen könnten. Die Häuser im Untersuchungsgebiet sind durchweg in gutem Zustand. Ein Rückbau – wie zunächst vorgesehen – wäre ein deutlicher Nachteil für Marxloh.

Zu 2.:

Das städtebauliche Gutachten spricht sich - wie wir - gegen einen flächenhaften Abriss aus und benennt als mögliche Lösung einen Stadtumbau nach dem Leipziger Leitbild der „perforierten Stadt“, das heißt den Einzelabriss von länger leer stehenden Einzelhäusern mit schlechter Bausubstanz im ganzen Stadtteil. Das beseitigt Leerstände durch die Entflechtung der Bebauungsdichte.

An diesen Stellen wäre Platz für kleine Grünflächen, Sitzbänke, Spielplätze, Nachbarschaftstreffs etc. etc. Damit könnte die Wohnqualität gesteigert werden, was gleichzeitig zu einer besseren wirtschaftlichen Nutzung des Wohnraums führen wird.

Ein Abriss nur des Randbereiches des Stadtteils würde keine ausreichende Strukturverbesserung nach sich ziehen. Es müssen punktuell Defizite beseitigt werden und die damit frei werdenden Flächen in ein Freiraumkonzept eingearbeitet werden.

Zu 3.:

Das Gutachten zur Feinstaubbelastung stellt fest, dass die Filterwirkung eines Baumgürtels nur marginal ist. So würden sich auf den Blättern nach den Berechnungen, für die es laut Aussage des Gutachters, kein gesichertes wissenschaftliches Modell gibt, maximal 190 Gramm Feinstaub pro Stunde absetzen, während alleine der Hochofen 1 12,6 Kg = 12600 Gramm pro Stunde emittiert. Das ist das 66 fache! Die Kokerei und die Sinteranlagen sind als Staubemittenten im Gutachten überhaupt nicht berücksichtigt worden! Dass die Bäume fast das halbe Jahr keine Blätter tragen und dann überhaupt nicht filtern ist eine weitere Tatsache. Fazit: Die Augenwischerei der großen Umweltwirkungen einer Grünzone ist vorbei.

Das Lärmgutachten kommt zu dem Schluss, dass man auf dem Gelände der TKS den jetzt 12 Meter hohen Wall auf 19 Meter erhöhen müsste und dazu im ‚Grüngürtel‘ ein 12 Meter hohes Landschaftsbauwerk errichten müsste, um nach einem Flächenabriss die gleiche Lärmsituation wie zur Zeit herzustellen. Kommentar überflüssig.

Zu 4.:

Entlarvend wird es, wenn man die Zahlen, die die TKS dem Gutachter für die Berechnung gegeben hat, anschaut. Die Gießhallenentstaubung des Hochofen 2 emittiert nur als geführte Quelle 0,1 Kg Feinstaub / Stunde, die von Hochofen 1 1,4 Kg/Std. !! Das ist das Vierzehnfache!

Die diffusen Emissionen betragen am HO2 8,6 Kg/Std. am HO1 dagegen 25,2 Kg/Std. was das Dreifache ist. Schön dass wir jetzt auch mal die Zahlen haben die zeigen, dass das Hauptproblem bei den diffusen Quellen liegt.

Folgerung: Wenn man HO1 auf den technischen Stand von HO2 bringt, hat man 2/3 weniger Feinstaub. Und genau an den Anlagen der TKS liegt der Schlüssel zur Verbesserung der Umweltsituation, die wesentliche Mitursache für die problematische Situation in den Stadtteilen ist. Technisch ist das ja alles machbar, wie der Hochofen 2 zeigt. Pseudoaktionen helfen da nicht weiter.

Das Projekt ‚Grüngürtel‘ kann zu den Akten gelegt werden.

Warum Bürgerbeteiligung?

Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir für eine Sanierung des gesamten Stadtteils mit intensiver Bürgermitwirkung eintreten. Der Gesetzgeber hat das auch ausdrücklich so gewollt. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass dem Stadtteil ein Konzept aufgestülpt wird. Nach über 10 Jahren ‚Sanierung‘ durch die EG-DU müsste doch eigentlich mehr als eine Kahlschlagsanierung herausgekommen sein. Aber Sanierung hat nicht nur einen städtebaulichen und einen Umweltaspekt, sondern besonders eine soziale Dimension. Sie muss bei den Menschen ansetzen, denn für sie soll sie doch gemacht werden. Die einzige Chance für eine wirkliche Heilung geht eben nur über die intensive Einbeziehung der hier lebenden Bewohner des Stadtteils. Dazu muss es Stadtteil- oder Sanierungsbeiräte o.ä. geben. Nur so können auch die Probleme des Zusammenlebens, dass was immer unter dem Stichwort Integration diskutiert wird, verbessert werden. Wer die Menschen nicht mitnimmt und aktiv anspricht ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die äußere Sanierung der Häuser und Fassaden muss von der inneren Sanierung der Beziehungen begleitet werden. Sonst sind das ist rausgeschmissene Steuergelder.

Die im gesamten Stadtteil Marxloh vorhandene Probleme und Defizite einschließlich Wohnungsleerstand müssen mit direkter Bürgerbeteiligung im gleichberechtigten Dialog Stadtverwaltung/Politiker /Organisationen/Bürger beraten und gelöst und dürfen nicht einseitig zu Lasten vieler Menschen ‚von oben‘ entwickelt und durchgesetzt werden. Weitere Verbesserungen für die Marxloher Bevölkerung und den gesamten Stadtteil sind in den nächsten Jahren als Gemeinschaftsaufgabe anzustreben.

Wir sind deshalb bereits jetzt dabei, Ideen, Konzepte und Vorstellungen für eine derartige Sanierung im Sinne einer Aufwertung des Stadtteils Marxloh zu sammeln und fordern deshalb erneut unsere Mitwirkungsrechte ein. Daran sollen alle gesellschaftlichen Gruppen des Stadtteils teilnehmen. Auch das bereits existierende Marxloher Bündnis könnte dafür z.B. eine Schlüsselrolle übernehmen. Dieser Prozess muss im Konsens erfolgen.

Wichtig ist dabei aber auch, dass den Bürgern für so einen Prozess Fachberater ihres Vertrauens zur Seite gestellt werden und dass das, was an Modellen und Beispielen anderswo bereits umgesetzt wurde, mit allen Erfahrungen einbezogen wird. Schließlich gibt es auch eine breite wissenschaftliche Diskussion zu diesem Bereich. Auch die Wissenschaftler sollen uns Bürgern ihr Wissen für uns verwertbar zur Verfügung stellen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.

So kann Marxloh ein Modell für Integration und Partizipation werden. Dazu laden wir im Sinne einer guten Nachbarschaft auch unsern Großnachbarn TKS mit ein, denn:

Marxloh lebt und nimmt sein Schicksal in die Hand.

Duisburg, den 6.8.2007

Ansprechpartner für die Bürgerbewegung: Karin Materna 49 02 60
Helmut Rappen 40 04 24
Michael Lefknecht 40 03 03

[Zurück](#)